

Aktenzeichen:	II-1211
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X916
Gültigkeit:	ab dem 01.08.2018

Arbeitsanleitung Nr. 102

Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein für Maßnahmen bei einem Träger (AVGS-MAT)

§ 45 SGB III - Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung

(1) Ausbildungssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose können bei Teilnahme an Maßnahmen gefördert werden, die ihre berufliche Eingliederung durch

- 1. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,**
- 2. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,**
- 3. Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung,**
- 4. Heranführung an eine selbstständige Tätigkeit oder**
- 5. Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme**

unterstützen (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung). Für die Aktivierung von Arbeitslosen, deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen, insbesondere auf Grund der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, besonders erschwert ist, sollen Maßnahmen gefördert werden, die nach inhaltlicher Ausgestaltung und Dauer den erhöhten Stabilisierungs- und Unterstützungsbedarf der Arbeitslosen berücksichtigen. Versicherungspflichtige Beschäftigungen mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden wöchentlich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind den versicherungspflichtigen Beschäftigungen nach Satz 1 Nummer 3 gleichgestellt. Die Förderung umfasst die Übernahme der angemessenen Kosten für die Teilnahme, soweit dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist. Die Förderung kann auf die Weiterleistung von Arbeitslosengeld beschränkt werden.

(2) Die Dauer der Einzel- oder Gruppenmaßnahmen muss deren Zweck und Inhalt entsprechen. Soweit Maßnahmen oder Teile von Maßnahmen nach Abs. 1 bei oder von einem Arbeitgeber durchgeführt werden, dürfen diese jeweils die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung darf die Dauer von acht Wochen nicht überschreiten. Maßnahmen des Dritten Abschnitts sind ausgeschlossen.

(3) Die Agentur für Arbeit kann unter Anwendung des Vergaberechts Träger mit der Durchführung von Maßnahmen nach Abs. 1 beauftragen.

(4) Die Agentur für Arbeit kann der oder dem Berechtigten das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Förderung nach Abs. 1 bescheinigen und Maßnahmeziel und -inhalt festlegen (Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein). Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional beschränkt werden. Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein berechtigt zur Auswahl

1. eines Trägers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende und nach § 179 zugelassene Maßnahme anbietet,
2. eines Trägers, der eine ausschließlich erfolgsbezogen vergütete Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung anbietet, oder
3. eines Arbeitgebers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende betriebliche Maßnahme von einer Dauer bis zu sechs Wochen anbietet.

Der ausgewählte Träger nach Satz 3 Nr. 1 und der ausgewählte Arbeitgeber nach Satz 3 Nr. 3 haben der Agentur für Arbeit den Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein vor Beginn der Maßnahme vorzulegen. Der ausgewählte Träger nach Satz 3 Nr. 2 hat der Agentur für Arbeit den Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein nach erstmaligem Vorliegen der Auszahlungsvoraussetzungen vorzulegen.

(5) Die Agentur für Arbeit soll die Entscheidung über die Ausgabe eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins nach Abs. 4 von der Eignung und den persönlichen Verhältnissen der Förderberechtigten oder der örtlichen Verfügbarkeit von Arbeitsmarktdienstleistungen abhängig machen.

(6) Die Vergütung richtet sich nach Art und Umfang der Maßnahme und kann aufwands- oder erfolgsbezogen gestaltet sein; eine Pauschalierung ist zulässig. § 83 Abs. 2 gilt entsprechend. Bei einer erfolgreichen Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung durch einen Träger nach Abs. 4 S. 3 Nr. 2 beträgt die Vergütung 2.000 Euro. Bei Langzeitarbeitslosen und behinderten Menschen nach § 2 Abs. 1 des Neunten Buches kann die Vergütung auf eine Höhe von bis zu 2.500 Euro festgelegt werden. Die Vergütung nach den Sätzen 3 und 4 wird in Höhe von 1.000 Euro nach einer sechswöchigen und der Restbetrag nach einer sechsmonatigen Dauer des Beschäftigungsverhältnisses gezahlt. Eine erfolgsbezogene Vergütung für die Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung ist ausgeschlossen, wenn das Beschäftigungsverhältnis

1. von vornherein auf eine Dauer von weniger als drei Monaten begrenzt ist oder
2. bei einem früheren Arbeitgeber begründet wird, bei dem die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer während der letzten vier Jahre vor Aufnahme der Beschäftigung mehr als drei Monate lang versicherungspflichtig beschäftigt war; dies gilt nicht, wenn es sich um die befristete Beschäftigung besonders betroffener schwerbehinderter Menschen handelt.

(7) Arbeitslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, dessen Dauer nicht allein auf § 147 Abs. 3 beruht, und nach einer Arbeitslosigkeit von sechs Wochen innerhalb einer Frist von drei Monaten noch nicht vermittelt sind, haben Anspruch auf einen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein nach Abs. 4 S. 3 Nr. 2. In die Frist werden Zeiten nicht eingerechnet, in denen die oder

der Arbeitslose an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat.

§ 16g SGB II – Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit

(1) Entfällt die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen während einer Maßnahme zur Eingliederung, kann sie weiter gefördert werden, wenn dies wirtschaftlich erscheint und die oder der Erwerbsfähige die Maßnahme voraussichtlich erfolgreich abschließen wird.

(2) Zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit können Leistungen nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels, nach § 44 oder § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Dritten Buches oder nach § 16a oder § 16f bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist. Während der Förderdauer nach Satz 1 gilt § 15 entsprechend.

(3) Leistungen zur ganzheitlichen beschäftigungsbegleitenden Betreuung nach § 16e Absatz 4 und § 16i Absatz 4 dieses Buches können während der gesamten Dauer der jeweiligen Förderung auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit entfällt.

Zielsetzung

Nach der Zielsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) sollen die individuelle Beschäftigungsfähigkeit der/des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) durch Erhalt und Ausbau ihrer/seiner Fertigkeiten und Fähigkeiten gefördert sowie deren/dessen berufliche Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt werden. Durch den AVGS-MAT wurde die Möglichkeit der individuellen bedarfsgerechten Unterstützung weiter ausgebaut. Bei individuellen Vermittlungshemmnissen kann durch den Einsatz eines AVGS-MAT durch die inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung gezielt der Stabilisierungs- und Unterstützungsbedarf der/des eLb gedeckt werden. Somit ist eine individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung möglich.

Maßgebend für die Ausgabe eines AVGS-MAT sind insbesondere die Eignung und die persönlichen Verhältnisse der/des eLb. Soweit diese/dieser nach Einschätzung der zuständigen Integrationsfachkraft (IFK) Willens und in der Lage ist, sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens eigenverantwortlich das Dienstleistungsangebot eines Trägers (entsprechend der Inhalte des Gutscheines) auszuwählen, das den individuellen Förderbedarf am besten berücksichtigt, kann ein AVGS-MAT ausgegeben werden. Die zeitgleiche Ausgabe mehrerer AVGS mit unterschiedlichen Maßnahmezielen ist möglich, wenn diese unterschiedliche Unterstützungsbedarfe der Integrationsstrategie zielorientiert unterstützen.

Hinweis

Ergänzend zur Arbeitsanleitung gelten die jeweils gültigen Regelungen der „SGB II Fachliche Weisungen - Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III - Maßnahmen bei einem Träger (MAT)“ der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Inhaltsverzeichnis

1. Fördervoraussetzungen.....	6
1.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen.....	6
1.2 Individuelle Fördervoraussetzungen	8
1.3 Notwendigkeit der Förderung	8
1.3.1 Ermessen	8
1.3.2 Prognose	8
1.4 Dokumentationserfordernis und EinV.....	9
2. Zugang zum AVGS-MAT	10
2.1 Inhalte eines AVGS-MAT	10
2.2 Gültigkeit des AVGS-MAT	11
2.3 Verfahren	12
3. Teilnahmebezogene Kosten.....	13
3.1 Fahrkosten (FK).....	14
3.2 Kinderbetreuungskosten (KBK)	15
4. Teilnahme- und Absolventenmanagement.....	16
5. Ablehnungen/Aufhebungen	16
6. Zusammenarbeit mit dem ILC	16
7. Ablaufschema (Tischvorlage) AVGS-MAT	17

Wird in der Arbeitsanleitung die Bezeichnung „§ 45 SGB III“ verwendet, so handelt es sich hierbei um §§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. 45 SGB III. Paragraphen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des SGB II.

1. Fördervoraussetzungen

1.1 Allgemeine Fördervoraussetzungen

Die Zulässigkeit der Förderung von eLb mit Maßnahmen nach § 45 SGB III ist durch § 16 Abs. 1 gegeben. Maßgebliche Voraussetzung für die aktivierenden Leistungen ist die Hilfebedürftigkeit nach §§ 7ff.

Hilfebedürftigkeit

Dies ermöglicht daher auch die Teilnahme an einer MAT für Personen, die neben dem Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (§§ 19ff) trotz (Erwerbs-)Einkommen weiterhin hilfebedürftig sind (sog. Ergänzer*innen). Da diese bereits in den Arbeitsmarkt integriert sind, muss jedoch in jedem Einzelfall besonders intensiv geprüft werden, ob der Einsatz von MAT sinnvoll und bezogen auf die Verringerung oder Beendigung der Hilfebedürftigkeit zielführend ist.

ELb sollen durch MAbE eine individuelle Förderleistung erhalten, die ihre passgenaue Eingliederung unterstützt. Mit dem AVGS-MAT wird die Möglichkeit der individuellen bedarfsgerechten Unterstützung weiter ausgebaut.

Jobcenter team.arbeit.hamburg hat unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit die für den Einzelfall am besten geeignete Leistung oder Kombination von Leistungen zu wählen.

**Wirtschaftlichkeit/
Sparsamkeit**

Bei der Verwendung von Haushaltsmitteln ist das Maß des Notwendigen nicht zu überschreiten. Ermessensleistungen dürfen daher nur gewährt werden, soweit sie zur erfolgversprechenden Zielerreichung beitragen. Primär hat die Auswahl der geförderten eLb danach zu erfolgen, inwieweit unter Berücksichtigung der Förderungsbedürftigkeit eher mit einem Eingliederungserfolg zu rechnen ist. Vor allem sind die besonders förderungsbedürftigen Personengruppen angemessen zu berücksichtigen.

Ermessen

Grundsätzlich ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob die Gutscheinelösung gewählt oder der/dem eLb ein entsprechendes Angebot zur Teilnahme an einer Vergabemaßnahme (siehe MAT-Buchungstool) unterbreitet werden sollte.

Gemäß § 3 Abs. 2 sollen bei der Beantragung von Leistungen nach dem SGB II unverzüglich Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden. Die Ausgabe eines AVGS-MAT ist damit bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen möglich. Stellt sich im Nachhinein heraus, dass kein Leistungsanspruch nach dem SGB II besteht, darf die Leistung zur Eingliederung in Arbeit nicht aufgehoben oder zurückgefordert werden.

**Unverzügliches
Maßnahmeangebot**

Soweit der Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und Kosten der Unterkunft freiwillig zurückgenommen wird/wurde, entfällt der Leistungszweck des unverzüglichen Angebots. Erfolgte die Rücknahme vor Maßnahmenantritt, ist durch die zuständige IFK die Rücknahme der Bewilligung zur Teilnahme notwendig.

Erfolgte die Rücknahme des Antrags nach Maßnahmeantritt, ist durch die zuständige IFK der Abbruch der Maßnahme einzuleiten.

Im Rahmen der jährlichen Eintrittsplanung werden MAT über das Vergabeverfahren eingekauft und sind somit kostenwirksam und vorrangig zu besetzen. Daher darf ein AVGS-MAT nicht ausgestellt werden, wenn in den nächsten vier Wochen nach dem Beratungsgespräch die/der eLb in eine MAT (nach Vergaberecht) mit gleichen oder ähnlichen Inhalten tatsächlich eintreten kann.

Die zeitgleiche Ausgabe mehrerer AVGS-MAT mit unterschiedlichen Maßnahmezielen (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 5 SGB III) ist möglich, wenn dies die individuelle Integrationsstrategie zielorientiert unterstützt.

Parallele Ausgabe

Die Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung ist im Dritten Kapitel, Dritter Abschnitt des SGB III geregelt. Die Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung für Ausbildungssuchende im Rahmen des § 45 SGB III ist daher gemäß § 45 Abs. 2 Satz 4 SGB III ausgeschlossen.

**Ausschluss-
tatbestände**

In Fällen der Rehabilitation unterliegen die Leistungen nach § 45 SGB III dem Leistungsverbot nach § 22 Abs. 2 SGB III, wenn ein anderer Rehabilitationsträger zuständig ist. Sie werden für Rehabilitand*innen erbracht, wenn die BA als Rehabilitationsträgerin zuständig ist (§ 16 Abs. 1 und 2).

Die Förderung von Teilnahmen an Maßnahmen zur Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen mittels AVGS-MAT ist grundsätzlich ausgeschlossen. Es sind vorrangig Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu nutzen, soweit diese innerhalb von sechs Wochen nach dem Beratungsgespräch zur Verfügung stehen. Das gilt auch bei der Absicht, dass erforderliche Sprachniveau zur Vorbereitung einer Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme zu erreichen.

**Ausschluss von
berufsbezogenem
Deutsch**

Berufsbezogene Einzelsprachunterrichte/Einzelcoachings sind insbesondere im Anschluss an Sprachförderungen durch das BAMF (Integrationskurs) oder durch Trägern von Maßnahmen nach der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (DeuFöV) möglich, wenn das Sprachniveau B1 nicht erreicht wurde. Durch die zuständige IFK ist zu dokumentieren, dass die Prüfung für das Sprachniveau B1 im Integrationskurs und auch nach einmaliger Wiederholung des Sprachkurses nach der DeuFöV nicht erreicht wurde. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass das Stundenkontingent des Integrationskurses sowie die Wiederholung des gleichen Sprachniveauziels beim Sprachkurs nach der DeuFöV komplett ausgeschöpft wurden.

**Ausnahmen
Einzelsprachkurse**

Einzelsprachunterricht kann u.a. zur individualisierten und zeitsparenden Sprachkompetenzentwicklung als Vorbereitung auf eine anschließende notwendige Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) genutzt werden. Dies gilt auch dann, wenn zwar das erforderliche Sprachniveau grundsätzlich nach dem Ergebnis des Telc

Tests erreicht wurde, aber Defizite mindestens in einem der Segmente „Lesen, Schreiben, Verstehen, Sprechen“ vorhanden sind, die möglicherweise einer erfolgreichen Qualifizierung (auch über § 45 SGB III) entgegenstehen.

1.2 Individuelle Fördervoraussetzungen

Im Rahmen der Integrationsunterstützung kann eine MAT im Gutscheilverfahren durch Jobcenter team.arbeit.hamburg unterstützt werden, wenn die/der eLb grundsätzlich motiviert und fähig/geeignet ist, den AVGS-MAT eigenständig einzulösen. Soweit die/der eLb nach Einschätzung der zuständigen IFK Willens und in der Lage ist, sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens eigenverantwortlich das Dienstleistungsangebot eines Trägers (entsprechend der Inhalte des AVGS-MAT) auszuwählen, das den individuellen Förderbedarf am besten berücksichtigt, kann ein AVGS-MAT ausgegeben werden.

Die konkrete Teilnahmedauer der/des eLb legt die IFK anhand der individuellen Handlungsbedarfe, dem daraus abgeleiteten strategischen Vorgehen und den Anforderungen an die MAT fest.

Teilnahmedauer

1.3 Notwendigkeit der Förderung

1.3.1 Ermessen

Die Förderung nach § 45 SGB III ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung. Das Ermessen bezieht sich auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen („Kann-Leistung“).

1.3.2 Prognose

Vor der Förderung ist eine hinreichend gesicherte Prognose hinsichtlich des Eingliederungserfolges erforderlich. Diese Prognose muss im Rahmen des Profilings nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert werden.

Profiling

Im Rahmen des Profilings sind grundsätzlich folgende Schritte zwingend durchzuführen und zu prüfen:

- Festlegung des Zielberufs im Rahmen der Stärken- und Potenzialanalyse (Phase I)
- das Profiling an den Zielberuf ausrichten
- Feststellung eines Handlungsbedarfs in der Schlüsselgruppe Qualifikation im Rahmen des Profilings
- Festlegung, dass eine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt grundsätzlich möglich ist, es zuvor aber noch einer entsprechenden Förderung bedarf
- Feststellung, dass die/der eLb grundsätzlich motiviert und fähig ist den AVGS-MAT eigenständig einzulösen

**Handlungsbedarf
„Qualifikation“**

Im Grundsatz muss immer ein Qualifizierungsbedarf vorhanden sein. Dieser muss sich jedoch nicht ausschließlich auf berufliche Qualifizierung beziehen. Im Einzelfall kann anstelle des Qualifizierungsbedarfs in beruflicher Hinsicht die Persönlichkeits-

entwicklung bzw. die Entwicklung der Softskills im Vordergrund stehen, die einer individuellen Förderung im Rahmen des AVGS-MAT bedürfen. (In diesen Fällen kommt nicht zwingend der Handlungsbedarf „berufliche (Teil-)Qualifikation“ im Profiling zum Tragen; aber: Die konkreten Handlungsbedarfe müssen sich weiterhin aus dem Profiling ergeben.

Zur Feststellung des Zielberufs und des Handlungsbedarfs müssen im Rahmen des Profilings folgende Punkte individuell geprüft werden:

a.) Eignung der/des eLb

Eignung eLb

Der Erfolg einer Maßnahme hängt im Wesentlichen von den Fähigkeiten der/des eLb ab. Zur Abklärung der individuellen Eignung in Bezug auf ein Bildungsziel sind folgende Punkte zwingend zu prüfen:

Prüfungsinhalte

- beruflicher Hintergrund
- deutsche Sprachkenntnisse
- gesundheitliche Eignung
- Motivation

b.) Möglichkeiten der Feststellung sind

Feststellungsmöglichkeiten

- Befragung
- Lebenslauf
- Zuverlässigkeit bei Einhaltung von Meldeterminen und Erfüllung von Pflichten gem. EinV
- Durchhaltevermögen bei bisherigen Maßnahmen, Ausbildung, Beschäftigung (Abbrüche, unregelmäßige Teilnahme), Strategie der/des eLb erkennbar?
- privates Engagement (z.B. Hobbies, ehrenamtliche Tätigkeiten)

1.4 Dokumentationserfordernis und EinV

Die Verwaltung ist an Recht und Gesetz gebunden. Die Anwendung des Gesetzes muss daher auch für Dritte nachvollziehbar sein. Daher sind die einzelnen Prüfkriterien und das konkrete Ergebnis ausführlich zu dokumentieren. Zur Sicherstellung eines wirkungsvollen Instrumenteneinsatzes müssen vor dem Angebot einer MAT bzw. der Aushändigung eines AVGS-MAT die Kriterien des Förder-Checks erfüllt sein. Es ist jedoch nicht ausreichend, nur auf den Fördercheck zu verweisen (z.B. Vermerke wie: „*Bewilligung AVGS-MAT – Fördercheck 5 mal ja*“ oder „*Arbeitsmarkt, Erforderlichkeit, Eignung, Wirtschaftlichkeit pos. geprüft*“ sind unzureichend), da hier kein Bezug zum individuellen Einzelfall genommen wird.

Dokumentation

Gemeinsam mit den Verpflichtungen der/des eLb soll der Förderumfang in die EinV gemäß § 15 aufgenommen werden. Die Unterbreitung eines Angebots für die Teilnahme an einer MAT ist Teil der Integrationsstrategie. Die Ausstellung und Einlösung eines AVGS-MAT sowie die Teilnahme an der MAT sollen jeweils in die EinV aufgenommen werden.

EinV

Die Entscheidung ist von der IFK in VerBIS zu dokumentieren (Vorrang AVGS-MAT).

Die Antragstellung, das Angebot oder die Zusicherung ist in der VerBIS-Kundenhistorie zu dokumentieren („Eingang Antrag AVGS-MAT“ bzw. „Angebot AVGS-MAT“). Ein Angebot oder eine Zusicherung durch die IFK in der EinV ist einer Antragstellung gleichzusetzen.

**Dokumentation
in VerBIS**

2. Zugang zum AVGS-MAT

Die Teilnahme an einer mit AVGS geförderten MAT erfolgt durch die Ausgabe eines AVGS-MAT. Die erweiterte Registerkarte „Förderung entscheiden“ steht seit dem 24.07.2017 auch für den AVGS-MAT zur Verfügung. Ein AVGS, der am oder nach dem 24.07.2017 erfasst wird, kann nur in den Status „A: ausgegeben“ umgestellt werden, wenn eine positiv bestätigte Förderentscheidung auf der Registerkarte „Förderung entscheiden“ vorliegt. Gleiches gilt für den Status „C: abgelehnt“, hier muss eine negativ bestätigte Förderentscheidung vorliegen. Bei Bestandsfällen, die vor dem 24.07.2017 erfasst wurden und sich nicht mehr im Status „0: angelegt“ befinden, ist die Registerkarte „Förderung entscheiden“ deaktiviert (ausgegraut).

**Ausgabe/
Zusicherung**

Die Aushändigung eines AVGS-MAT stellt gegenüber der/dem eLb eine konkrete Zusicherung i.S.d. § 34 SGB X dar.

Der AVGS-MAT ermöglicht es der/dem eLb, im Rahmen des festgestellten Unterstützungsbedarfs selbst nach zugelassenen Maßnahmeträgern, die eine geeignete und zugelassene Maßnahme anbieten, zu suchen.

Aufgrund des Neutralitätsgebotes hat die IFK sich nicht an der Auswahl eines Maßnahmeträgers durch die/den eLb zu beteiligen. Es liegt allein in der Entscheidung der/des eLb, für welchen Träger sie/er sich auswählt. Der Hinweis auf einen bestimmten Maßnahmeträger oder eine Maßnahme ist unzulässig.

Neutralitätsgebot

Informationen zu zertifizierten Maßnahmeträgern und Maßnahmen sind im Hamburger Kursportal WISY integriert.

WISY

2.1 Inhalte eines AVGS-MAT

In den AVGS-MAT sind folgende Inhalte detailliert einzutragen:

- Ziel der Maßnahme
- Inhalt der Maßnahme
- Dauer der Teilnahme an der Maßnahme
(Hinweis: Begrenzung auf max. acht Wochen gilt nur bei beruflicher Kenntnisvermittlung)
- Teilzeit/Vollzeit

**Besonderheit
Maßnahmedauer
bei beruflicher
Kenntnisvermittlung**

Die/der eLb hat sich an den Maßnahmezielen des AVGS-MAT bei der Maßnahmeauswahl zu orientieren. Die Eintragungen stellen eine Grundlage für die eLb dar, um sich eine entsprechende Maßnahme und einen Maßnahmeträger suchen zu können.

Die Vorbelegung von zwei Präsenztagen auf den AVGS-MAT, die auf Maßnahmen zur Bewerbungsunterstützung beziehungsweise auf Coachings ausgerichtet sind

**Besonderheit bei
Coachingmaßnahmen**

(AVGS01), ist für den Rechtskreis SGB II bindend. Ein Abweichen von der Vorbelegung „Die Unterstützungsleistung ist an mindestens 2 Tagen in der Woche zu erbringen“ ist nicht zulässig.

2.2 Gültigkeit des AVGS-MAT

Die Gültigkeitsdauer des AVGS-MAT kann grundsätzlich bis zu drei Monate ab Ausstellungsdatum betragen. Die Teilnahme an einer mit AVGS geförderten MAT muss innerhalb der Gültigkeitsdauer beginnen.

Die Gültigkeit eines AVGS-MAT erlischt durch eine Ablehnung der Maßnahmeteilnahme durch die IFK nicht. Der AVGS-MAT berechtigt bis zum Ablauf seiner Gültigkeit weiterhin zur Auswahl eines Maßnahmeträgers für die Teilnahme an einer zugelassenen Maßnahme. Der ursprüngliche AVGS-MAT kann für die/den eLb nochmals ausgedruckt werden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass in COSACH keine Buchung erfolgt (Status „C: abgelehnt“), da ansonsten der AVGS-MAT seine Gültigkeit verliert. Die erneute Ausgabe ist als Zweitschrift durch die IFK zu kennzeichnen.

Die Gültigkeit erlischt

- mit Wegfall der Fördervoraussetzungen,
- mit Ablauf der im AVGS-MAT angegebenen Frist oder
- mit Wegfall der Hilfebedürftigkeit (§ 9).

Die regionale Gültigkeit soll auf das Stadtgebiet Hamburg begrenzt werden. Die regionale Gültigkeit kann auf den Tagespendelbereich gem. § 140 Abs. 4 SGB III erweitert werden, wenn im Stadtgebiet Hamburg keine geeignete Maßnahme vorhanden ist. Sollte auch im Tagespendelbereich keine geeignete Maßnahme vorhanden sein, kann in besonders begründeten Einzelfällen auch eine überregionale Maßnahmeteilnahme ermöglicht werden. Hierzu ist die in VerBIS dokumentierte Zustimmung der Teamleitung notwendig.

Entfällt die Hilfebedürftigkeit der/des eLb während einer Maßnahme zur Eingliederung, kann die Maßnahmeteilnahme weiter gefördert werden, wenn dies wirtschaftlich erscheint und die/des eLb die Maßnahme voraussichtlich erfolgreich abschließen wird (§ 16g).

Zur nachhaltigen Eingliederung können gem. § 16g Abs. 2 u.a. Leistungen nach § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 bis zu sechs Monate auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit der/des eLb durch die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfällt.

Mit dem Wegfall der Gültigkeit des AVGS-MAT entfällt die Bindung des Jobcenters an die Zusicherung.

Eine vorzeitige Beendigung der individuellen Teilnahme durch den Maßnahmeträger ist nicht möglich. Diese kann nur durch die/den eLb selbst oder durch das Jobcenter erfolgen.

Gültigkeitsdauer

**Regionale
Gültigkeit**

**Wegfall der
Hilfebedürftigkeit**

2.3 Verfahren

Die Leistungen werden gem. § 37 auf Antrag erbracht. Als Antragstellung gilt jede schriftliche, mündliche oder fernmündliche Erklärung, die erkennen lässt, dass Leistungen begehrt werden. Leistungen werden nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht.

Antragserfordernis

Der AVGS-MAT kann nur für zugelassene Maßnahmen eingelöst werden. Für die Einlösung eines AVGS-MAT ist es erforderlich, dass die Maßnahme in COSACH erfasst wurde. Der Beginn der Maßnahme muss im Zulassungszeitraum liegen. Die Agentur für Arbeit, in deren Bezirk die Maßnahme durchgeführt wird, übernimmt sowohl die Erfassung als auch die Pflege in COSACH sowie die Vergabe der Maßnahmenummer. Ein AVGS-MAT kann nur für diejenigen Maßnahmen eingelöst werden, die der Förderart des AVGS-MAT entsprechen. Andernfalls ist eine Teilnahmebuchung in COSACH nicht möglich.

Erster AVGS einer Maßnahme

Bei Annahme des ersten AVGS-MAT für eine zugelassene Maßnahme übermittelt der Maßnahmeträger die für die Einlösung der AVGS-MAT notwendigen maßnahmebezogenen Daten mit einem Kurzfragebogen an die zuständige Agentur für Arbeit. Bei unplausiblen Daten im Kurzfragebogen klärt diese die Angaben mit dem Maßnahmeträger ab. Die Erfassung der Maßnahme in COSACH erfolgt, wenn ein einlösbarer AVGS-MAT vorliegt. Hierfür beträgt die Bearbeitungszeit etwa eine Woche.

Die Teilnahme an der MAT darf erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides beginnen. Daher muss der AVGS-MAT vor Beginn der Maßnahme im Original bei Jobcenter team.arbeit.hamburg vorliegen. Zur Beschleunigung des Verfahrens soll die/der eLb den vom Maßnahmeträger eingelösten und ausgefüllten AVGS-MAT zeitnah persönlich bei der zuständigen IFK zur Prüfung einreichen. Die zuständige IFK prüft die Eintragungen durch den Maßnahmeträger auf dem AVGS-MAT und teilt der/dem eLb die Entscheidung zur Teilnahme an der MAT durch Bescheid mit Rechtsfolgenbelehrung mit. Die/der eLb bestätigt den Erhalt des Bewilligungsbescheides zur Teilnahme mit Unterschrift auf der Erklärung zur Teilnahme.

Bewilligungsbescheid Teilnahme

Der Maßnahmeträger wird durch die Übersendung eines Abdrucks des Bewilligungsbescheides zur Teilnahme informiert. Diese Mehrfertigung ist ein Begleitschreiben mit Hinweisen zu den Abrechnungsmodalitäten und dem teilnahmebezogenem Bericht beigelegt. Die Überwachung des Einganges der Teilnahmeberichte mittels Wiedervorlage in VerBIS erfolgt durch die IFK. Der Eingang und die Auswertung sind in VerBIS zu dokumentieren.

Teilnahmebezogener Bericht

Sofern Berichte, auch nach Erinnerung, nicht übermittelt werden oder diese, auch nach Aufforderung zur Nachbesserung, nicht den Anforderungen entsprechen, soll hierüber das IntegrationsleistungsCenter (ILC) informiert werden. Hierbei soll die Teamleitung eingebunden werden.

Die entsprechenden Vorlagen sind nur bei Aufrufen der BK-Vorlagenauswahl über **BK-Vorlagen** COSACH zu finden. COSACH: Button „BK“ → „§45-MAT AVGS Bewilligung Teilnahme SGB II“ → Button „OK“

§ 45 - MAT AVGS Bewilligung Teilnahme SGB II

§ 45 - MAT-MAG AVGS Erklärungsbogen SGB II

§ 45 - MAT AVGS Teilnehmerbezogener Bericht SGB II

§ 45 - MAT-MAG AVGS Ablehnung TN-Kosten SGB II

§ 45 - MAT AVGS Ablehnung Maßnahmekosten SGB II

BK

OK

Abbrechen

Die vollständig ausgefüllten Unterlagen

- AVGS-MAT im Original (Bestätigung des Maßnahmenträgers zur vorgesehenen Maßnahme und Förderzusicherung)
- Erklärungsbogen
- Erklärung zur Teilnahme
- Stellungnahme in Form eines VerBIS-Vermerkes
- Kopie des Bewilligungsbescheides

sind an den Teampostkorb 12302-X916 zu übersenden.

Die Erreichbarkeits-Anordnung ist zu berücksichtigen, während einer mit AVGS geförderten MAT ist keine Ortsabwesenheit zu gewähren. Es ist seitens dem/der eLb sicherzustellen, dass an der mit AVGS geförderten MAT teilgenommen werden kann.

Ortsabwesenheit

3. Teilnahmebezogene Kosten

Förderungen im Rahmen einer MAT umfassen die Übernahme aller teilnahmebezogenen notwendigen und angemessenen Kosten (§ 45 Abs. 1 S. 4 SGB III). Ob und welche das im Einzelfall sind, entscheidet die zuständige IFK. Die Begründung zur Entscheidung ist jeweils in VerBIS zu dokumentieren. Übernahmefähig sind alle Kosten, die durch die Maßnahmeteilnahme ausgelöst wurden, aber nicht vom Maßnahmepreis umfasst sind.

Erstattungsfähige Kosten

Kosten für auswärtige Unterbringung und Verpflegung können nur in den oben beschriebenen begründeten Einzelfällen erstattet werden. Der Höchstbetrag beträgt pro Kalendermonat 588 Euro.

Kosten, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Teilnahme an der Maßnahme stehen, können nicht erstattet werden.

Die teilnahmebezogenen Kosten werden nur auf Antrag erstattet. Die Gewährung von teilnahmebezogenen Kosten wird mit dem Erklärungsbogen beantragt. **Erklärungsbogen**

Das ILC erteilt der/dem eLb einen entsprechenden Bescheid. Die Erstattung der teilnahmebezogenen Kosten erfolgt direkt an die/den eLb.

Nach Abgabe des Erklärungsbogens durch die/den eLb sind folgende Angaben durch die IFK auf Vollständigkeit hin zu prüfen:

- Organisationszeichen IFK
- Gutscheinumnummer
- Kundennummer
- Maßnahmebeginn und –ende
- Benutzung öffentlicher oder sonstiger Verkehrsmittel
- Bei Kinderbetreuungskosten Angaben zur Person oder Einrichtung, die das Kind betreut
- ggf. auswärtige Unterkunft und Verpflegung
- Angabe zu weiteren Kosten
- Bankverbindung der/des eLb
- Unterschrift der/des eLb

3.1 Fahrkosten (FK)

Fahrkosten werden im notwendigen und angemessenen Umfang erstattet, sofern sie durch die Maßnahmeteilnahme entstanden sind. Über die Notwendigkeit und Angemessenheit entscheidet die IFK.

Grundsatz Fahrkosten

Pendelfahrten sind solche Fahrten, die die/der eLb an Tagen mit Unterricht, praktischer Unterweisung oder zur Teilnahme an einer Prüfung auf den Wegen zwischen

Pendelfahrten

- Wohnung und Bildungsstätte(n),
- auswärtiger Unterbringung und Bildungsstätte(n),
- Arbeitsstelle und Bildungsstätte(n),
- einer Bildungsstätte und einer anderen Bildungsstätte

jeweils für eine Hin- und Rückfahrt an einem Tag durchführt.

Mögliche Fahrpreismäßigungen (z. B. Monatskarten, Sozialkarten im Hamburger Verkehrsverbund) sind zu berücksichtigen.

Fahrpreismäßigung

Kosten für Taxifahrten und Fahrdienste können in besonders begründeten Ausnahmefällen übernommen werden, wenn andere Verkehrsmittel nicht benutzt werden können oder die Kostenübernahme vergleichsweise wirtschaftlicher ist als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Eine Erstattung erfolgt unter Vorlage eines geeigneten Nachweises (z.B. ärztliches Attest, Feststellungsbescheid). Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist es erforderlich, dass die/der eLb je einen Kostenvoranschlag von drei voneinander unabhängigen Unternehmen vorlegt.

Taxi/Fahrdienst

Die Begrenzung der Kosten bei Pendelfahrten nach §§ 85 i.V.m. 63 Abs. 1 und 3 SGB III gilt bei der Benutzung eines Taxis oder eines Fahrdienstes entsprechend. Im besonders begründeten Einzelfall ist bei der Benutzung eines Taxis oder Fahrdienstes eine Überschreitung möglich.

Die Kosten einer Bahn-Card oder Wertmarke sind in voller Höhe zu übernehmen, wenn dadurch die Fahrkosten bei Benutzung des Schienenverkehrs, unter Einbeziehung der Kosten einer Bahn-Card oder Wertmarke, insgesamt geringer sind. Kosten können nur übernommen werden, wenn die Teilnahme an einer MAT für den Kauf ursächlich ist.

**Bahn-Card/
Wertmarke**

Wird die Teilnahme an einer MAT abgebrochen, hat dies keinen Einfluss auf bereits erstattete Fahrkosten für Zeitkarten bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges oder eines anderen motorbetriebenen Fahrzeuges ist ein Betrag in Höhe der Wegstreckenentschädigung von 30 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke, höchstens jedoch 130 Euro berücksichtigungsfähig. Gleiches gilt für Mitfahrerinnen/Mitfahrer.

**Berechnung
sonstige
Verkehrsmittel**

Die Höhe der Kosten für Pendelfahrten in einem Kalendermonat dürfen die Kosten für eine auswärtige Unterbringung und Verpflegung nicht überschreiten. Diese betragen nach § 86 SGB III je Kalendermonat höchstens 588 Euro.

**Monatlicher Höchst-
betrag der Fahrkosten**

Die Höhe der monatlich zu übernehmenden Fahrkosten ergibt sich, indem der für einen Zeitraum errechnete Gesamtbetrag auf Raten verteilt wird.

**Monatliche
Kosten**

Bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entsprechen die monatlichen Raten den jeweiligen monatlichen Kosten der/des eLb. Für Anfangs- und Endmonate sind davon abweichende Raten anzusetzen.

Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges oder eines anderen motorbetriebenen Fahrzeuges entspricht die Anzahl der Raten, der – erforderlichenfalls aufgerundeten – Zahl aller Monate, die der Zeitraum umfasst, für den die anfallenden Kosten zu übernehmen sind.

3.2 Kinderbetreuungskosten (KBK)

Kosten für die Betreuung der aufsichtsbedürftigen Kinder bei Teilnahme an einer Maßnahme können übernommen werden, sofern sie durch die Maßnahmeteilnahme ausgelöst wurden. Die KBK müssen durch die Maßnahmeteilnahme zusätzlich entstanden sein.

**Höhe der
Kinderbetreuungs-
kosten**

Als KBK gelten u.a. Kindergarten- oder Hortgebühren, Kosten für eine Tagespflegeperson und Mehraufwendungen für die Betreuung bei Nachbarn. Die KBK können auch übernommen werden, wenn der Bildungsträger selbst geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbietet. Die Kostenerstattung erfolgt auf Nachweis. Verpflegungskosten sind keine KBK. KBK werden je Kind nur einmal gewährt.

Art der Betreuung

KBK für aufsichtsbedürftige Kinder können in der Regel nur bis zur Vollendung ihres 15. Lebensjahres übernommen werden.

**Altersgrenze
Kinder**

Der Besuch einer Vorschule kann Kosten verursachen. In diesen Fällen soll die/der eLb einen entsprechenden Nachweis über die Höhe der Kosten beifügen.

Vorschule

4. Teilnahme- und Absolventenmanagement

Die/der eLb sind während der Maßnahme von den IFK in die Betreuungs- und Vermittlungsaktivitäten weiter einzubeziehen (z.B. regelmäßige Beratungsgespräche, teilnahmebezogener Kontakt zwischen IFK und Maßnahmeträger).

Die Arbeitsanleitung Nr. 081 zum Absolventenmanagement ist zu beachten.

5. Ablehnungen/Aufhebungen

Ablehnungsbescheide werden durch das ILC erstellt. Für die Erstellung eines Ablehnungsbescheides ist es erforderlich, dass die IFK dem ILC eine detailliert rechtlich begründete Stellungnahme zur Verfügung stellt. Aus der Stellungnahme müssen die Gründe hervorgehen, die im Rahmen des Ermessens zu einer Ablehnung geführt haben.

Ablehnung

Der Träger der MAT ist über die Ausschulung durch die IFK zu informieren. Die Ausschulungsentscheidung (mit Enddatum) sowie die Gründe sind in VerBIS zu dokumentieren, der Maßnahmezeitraum in COSACH ist anzupassen.

**Aufhebung und
Erstattung**

Das ILC erstellt den Aufhebungs(und ggf. Erstattungs-)bescheid. Dafür ist das ILC über die Ausschulung zu informieren. Der Information ist der Bewilligungsbescheid beizufügen, da in dem durch das ILC zu erstellenden Aufhebungsbescheid Bezug auf den Bewilligungsbescheid genommen wird.

6. Zusammenarbeit mit dem ILC

Zwecks Erstellung eines Bewilligungsbescheides benötigt das ILC folgende vollständig ausgefüllte Unterlagen:

- AVGS-MAT im Original (Förderzusicherung Gutschein) > durch die IFK „z.d.A.“ gesetzt
- Erklärung zur Teilnahme (Bestätigung des Maßnahmeträgers zur vorgesehenen Maßnahme) > von IFK „in Bearbeitung“ gesetzt
- Stellungnahme > von IFK „in Bearbeitung“ gesetzt
- Bewilligungsbescheid zur Teilnahme (Träger und eLb) > von IFK „z.d.A.“ gesetzt
- Erklärungsbogen > von IFK „in Bearbeitung“ gesetzt
- bei Beantragung von KBK einen KITA-Gutschein oder bei privater Kinderbetreuung einen entsprechenden Nachweis > von IFK „in Bearbeitung“ gesetzt
- bei auswärtiger Unterkunft einen entsprechenden Nachweis > von IFK „in Bearbeitung“ gesetzt.

7. Ablaufschema (Tischvorlage) AVGS-MAT

1. Antragstellung/Angebot
 - IFK nimmt den Antrag entgegen bzw. unterbreitet das Angebot und dokumentiert dies in VerBIS
 - ein Angebot durch die IFK erfolgt i.d.R. auf Grund des Profilings
 - Vermerkvorschlag:
Betreffzeile: „Eingang Antrag AVGS-MAT“ bzw. „Angebot AVGS-MAT“
2. Prüfung / Entscheidung
 - Durchführung des Profilings – Überprüfung der Handlungsbedarfe, -strategien und Profilage
 - Fördervoraussetzungen prüfen
 - o Kundeneigenschaft (§7)
 - o ggf. Zustimmung TL
 - Ermessensausübung, dass keine vorrangige Auftragsmaßnahme im Angebot bzw. sicher avisiert ist
 - Förder-Check ausfüllen (BK-Vorlagenauswahl)
 - eLb beraten, dass sie/er sich selbstständig eine Maßnahme sucht (Hamburger Kursportal WISY)
 - alle Entscheidungen müssen in VerBIS dokumentiert werden
 - Abschluss einer EinV
3. Ausgabe AVGS-MAT an die/den eLb
 - Buchung in COSACH inkl. positiv bestätigter Förderentscheidung auf der Registerkarte „Förderung entscheiden“
 - AVGS-MAT im Original an die/den eLb
 - gleichzeitig neue Einladung mitgeben
(da max. Gültigkeitsdauer AVGS-MAT zwei Monate)
4. Rücklauf
 - a) Bewilligung
 - Buchung in COSACH vornehmen
 - Dokumentation in VerBIS
 - Abschluss neuer EinV mit den konkreten Inhalten
 - Ausgabe Bewilligungsbescheid zur Teilnahme und Erklärungsbogen an die/den eLb und Übersendung der Mehrausfertigung an den Träger
 - Sendung aller Unterlagen an den Teampostkorb 12302-X916
 - b) Ablehnung
 - Negative Stellungnahme als Freitext mit ausführlicher Begründung an das ILC
 - Dokumentation in VerBIS
5. Verlauf der Teilnahme
 - eLb verbleibt im Integrationsprozess
 - Durchführung Absolventenmanagement